

Vertrauenskrise

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 70 vom 24. März 2021

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 70 vom 24. März 2021, S. 8, unter dem Titel:

"Verheerende Vertrauenskrise. Die Bürger haben den Eindruck von Staatsversagen bei der Bewältigung der Pandemie."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Weites Potential von CDU/CSU und den Grünen
	A	2	Männer und Jüngere sind besonders unzufrieden mit dem Krisenmanagement
	A	3	Neue Corona-Beschlüsse treffen vielerorts auf Unverständnis
	A	4	Die kleine Gruppe der Impfverweigerer hat vor allem Angst vor Nebenwirkungen
	A	5	Über Impfstoff entscheiden?
	A	6	Effizient arbeitet die Wirtschaft - nicht der Staat
	A	7	Helfen mehr Tests?
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Genervte Bürger
		2	Die Kritik am Krisenmanagement der Regierung wächst
		3	Umfassende Kritik
		4	Digitalisierungsschub? Die Bürger können hier insbesondere im staatlichen Bereich wenig erkennen
		5	Wenig Hoffnung

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Vertrauenskrise

Die Bürger haben den Eindruck von Staatsversagen

Genau ein Jahr ist es her, dass die Bürger die Regierung und insbesondere die führende Regierungspartei plötzlich mit anderen Augen sahen. Vor dem Ausbruch der Pandemie war das Missvergnügen der Bevölkerung über die Regierungsleistung mit Händen zu greifen. Die Unionsparteien lagen unter 30 Prozent, die Koalition hatte keine Mehrheit. Dann in nur zwei, drei Wochen stiegen CDU/CSU in der Wählergunst geradezu kometenhaft nach oben, von 29 Prozent in der ersten Märzhälfte auf 38 Prozent Anfang April. In der zu diesem Zeitpunkt noch völlig unübersichtlichen Ausnahme-situation wurden die Unionsparteien für die Bevölkerung, die in weiten Teilen völlig unter Schock stand, zum Hoffnungsanker. Das schnelle und radikale Eingreifen traf bei der überwältigenden Mehrheit auf Zustimmung, und dieser breite Rückhalt blieb über das ganze Jahr 2020 hinweg weitgehend erhalten. Die Bürger waren erleichtert, dass die Unionsparteien an der Regierung waren. Über Parteigrenzen hinweg war die Überzeugung weit ver-

Tabelle B1

breitet, dass CDU und CSU im politischen Raum die geeignetsten Krisenmanager sind; dieser Glaube, dass die CDU "Krise kann", war das Fundament, auf dem die Zweitstimmwahlabsichten für die Unionsparteien im vergangenen Jahr teilweise bis auf 40 Prozent anstiegen. Entsprechend zuversichtlich gingen die Unionsparteien ins Wahljahr.

Und jetzt, ein Jahr nach ihrem kometenhaften Aufstieg, fällt die CDU/CSU genauso rapide ins Bodenlose. Anfang Februar lag sie noch bei 37 Prozent, Anfang März bei gut 34 Prozent, jetzt, nur drei Wochen später, gerade noch bei gut 28 Prozent. Noch stärker ist ihr Potential verfallen. Im Februar kamen die Unionsparteien noch für 42 Prozent der Wahlberechtigten grundsätzlich bei der nächsten Bundestagswahl in Frage, Ende Februar für 39 Prozent; jetzt ziehen nur noch 29 Prozent der Wahlberechtigten für die Bundestagswahl die Unionsparteien in Betracht, das heißt: Ihr Potential reicht zurzeit kaum über den Kreis der verbliebenen Wähler hinaus. Erstmals ist damit das weite Potential von CDU und CSU kleiner als das der Grünen, das völlig stabil um die 30 Prozent oszilliert. Damit haben die Grünen zurzeit noch Luft nach oben – ihr Potential ist signifikant größer als der Kreis, der entschlossen ist, die Grünen bei der nächsten Wahl zu unterstützen, anders als bei den Unionsparteien.

Tabelle B1

Tabelle A1

Wer für diesen tiefen Fall der Unionsparteien vor allem die Bereicherungsskandale einzelner

Abgeordneter verantwortlich macht, verkennt die Dimension des Problems. Diese Vorkommnisse kommen on top und bringen CDU und CSU auch moralisch in die Defensive. Aber der Vertrauensverfall setzte bereits vor Bekanntwerden der Vorwürfe ein; so war die Niederlage der CDU in Baden-Württemberg bereits drei Wochen vor der Landtagswahl absehbar, auch in dieser Größenordnung.

Auch der Erklärungsansatz, die Bürger seien nach einem Jahr die Einschränkungen leid und nur noch genervt, trifft zwar die Stimmungslage, ist aber für sich genommen keine ausreichende Deutung der plötzlichen Abkehr von den Unionsparteien. Zweifelsohne ist die Stimmungslage heute eine andere als während des ersten Lockdowns, als die Mehrheit noch die Bilanz zog, sie hätte sich mit den Einschränkungen gut arrangiert. Dies sagen heute nur noch 32 Prozent, die meisten hadern mit den Regeln und Verboten.

Schaubild 1

Der Hauptgrund für den politischen Sinneswandel ist jedoch ein anderer. Das Vertrauen "die CDU kann Krise" ist erschüttert. Dieses Vertrauen hatte ihren Rückhalt in der Bevölkerung vor einem Jahr steil ansteigen lassen und der Verlust dieses Vertrauens führt jetzt zu ihrem Absturz. Die Unionsparteien haben mit Abstand die größte Regierungserfahrung; wenn sie in einer solchen Krisensituation nach dem Eindruck der Bürger versagen, ist die Reaktion hart und unnachsichtig.

Lange war das Vertrauen in den Kurs der Regierung ungewöhnlich groß. Über viele Monate hatte sie den Rückhalt von über 70 Prozent der Bevölkerung, im Dezember letzten Jahres immerhin noch von annähernd 60 Prozent. Seit Januar verfällt die Zustimmung und wächst die Kritik; im Februar gab es erstmals mehr kritische Stimmen als Zustimmung. Jetzt fällt die Bilanz verheerend aus: Nur noch 30 Prozent der Bürger bewerten das Krisenmanagement der Regierung positiv, 62 Prozent negativ. Männer urteilen noch kritischer als Frauen, die mittlere und junge Generation kritischer als die 60-Jährigen und Älteren, die aber ebenfalls eine weit überwiegend negative Bilanz ziehen.

Schaubild 2

Tabelle A 2

Zweifelsohne trägt auch das wieder zunehmende Infektionsgeschehen zu der Ernüchterung bei. Der Erfolg der politischen Maßnahmen lässt auf sich warten und enttäuscht die Hoffnungen auf eine rasche Normalisierung. Aber diesmal wird der ausbleibende Erfolg der Regierung angelastet, anders als noch zu Beginn der zweiten Infektionswelle. Die Beschlüsse, die Kanzleramt und Ministerpräsidenten Anfang März trafen, wurden mit Unverständnis quittiert. Gerade einmal 17 Prozent bewerteten sie als guten Schritt, während 60 Prozent den Eindruck hatten, dass sie die Lage nur schwieriger machten. Viele gaben zu diesem Zeitpunkt den Versuch auf, den Überblick über die staatlichen Maßnahmen und Pläne zu behalten.

Tabelle A 3

Die Kritik ist umfassend und zeigt eine völlige Ernüchterung. Die politischen Maßnahmen werden als willkürlich, widersprüchlich und teilweise absurd empfunden. Die Logik der Beschlüsse erschließt sich den meisten nicht; dass beispielsweise dem Schuhgeschäft eine Öffnung nur mit Terminvereinbarung und Feststellung der Personalien der Kunden gestattet wird, während man spontan und ohne Identifizierung die Drogerie nebenan besuchen kann, verstehen die Bürger genauso wenig wie die enge Bindung von Öffnungen an schwankende Inzidenzen. Es fehlt auch das Verständnis dafür, dass die Frage, wo Infektionsrisiken entstehen, bei den Beschlüssen offensichtlich kaum eine Rolle spielt. Es wird der Verlust an Planungssicherheit beklagt, ausgelöst durch immer neue Vorschriften und Regeln. Die große Mehrheit der Kritiker traut der Politik nicht mehr zu, dass sie einen Plan für die Bewältigung der Krise hat.

Schaubild 3

Zu den Zweifeln an der Sinnhaftigkeit und Rationalität der Beschlüsse kommt Fassungslosigkeit über die Schwächen in der operativen Umsetzung wichtiger Maßnahmen. Die Politik hat der Bevölkerung Hoffnung gemacht, dass Tests und vor allem die Impfungen den Befreiungsschlag bringen. Dass diese Befreiung sich verzögert, weil sich die Impfkampagne unnötig in die Länge zieht, dafür fehlt in weiten Teilen der Bevölkerung jegliches Verständnis. Die Bürger stehen parat und warten auf einen Impftermin. Nur eine kleine Minderheit lehnt eine Impfung ab, primär aus Sorge vor Nebenwirkungen. Die staatlichen Ent-

Tabelle A 4

scheidungen gegen den Impfstoff von Astra-Zeneca – zunächst die Altersbegrenzung, dann das vorübergehende Aussetzen dieses Impfstoffs – haben jedoch ihre Wirkung und führen dazu, dass die Mehrheit der Impfwilligen über den Impfstoff gerne mitentscheiden will, was in der aktuellen Knappheitssituation auch wenig hilfreich ist. Dazu kommen Erfahrungen mit der Vereinbarung von Impfterminen, die bei den Bürgern den Eindruck verstärken, dass der staatliche Bereich dieser Ausnahme-situation nicht gewachsen ist. Tabelle A 5

Die Überzeugung, dass Deutschland sich im internationalen Vergleich gut schlägt, wird mit jedem Tag mehr korrigiert. Die Bürger vermissen ein generalstabsmäßiges, effizientes Krisenmanagement, das eigentlich zum Selbstbild des Landes und der Außenwahrnehmung gehört. Bei der letzten Krise, die die Bürger zutiefst beunruhigte, der Flüchtlingskrise von 2015 wurde zwar die Ratio der Regierungsbeschlüsse bezweifelt; die operative Bewältigung des Problems in den Landkreisen und Kommunen beeindruckte jedoch und befestigte das Selbstbild einer Nation, die auch in Ausnahmezuständen Herausforderungen operativ effizient bewältigt. Aber damals wurden die operativen Entscheidungen von denen getroffen, die das Problem auch bewältigen mussten. Diesmal wirken Entscheidungs- und Umsetzungsebene merkwürdig disparat; dies trägt wesentlich zu dem Vertrauensverlust in der Bevölkerung bei.

Der Staat wird immer weniger als funktionsfä-

hig wahrgenommen. Während 72 Prozent den Unternehmen in Deutschland eine hohe Effizienz attestieren, fällen nur 22 Prozent ein ähnliches Urteil in Bezug auf den Staat. Die Mehrheit hat den Eindruck, dass die Ämter und Behörden in der Krise weniger funktionsfähig waren als zuvor. Geradezu vernichtend fällt das Urteil über die digitale Ausstattung der staatlich verantworteten Bereiche aus, seien es Gesundheitsämter, Schulen, Behörden oder Sicherheitsorgane. Die Bürger können hier auch noch keinen "Digitalisierungsschub" durch die Krise erkennen, weder in den Gesundheitsämtern noch in den Schulen oder in den Behörden. Ernüchternd ist, dass die Mehrheit der Eltern von schulpflichtigen Kindern während der zweiten Pandemiewelle die Bilanz zog, dass die digitale Ausstattung der Schulen ihrer Kinder nach wie vor unzureichend ist und sich seit Ausbruch der Krise nicht nennenswert verbessert hat.

Tabelle A 6

Schaubild 4

All das unterminiert das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und dämpft die Hoffnungen, dass die Krise in absehbarer Zeit bewältigt wird. Tests und Impfungen sollten die Befreiung bringen. Nun werden die Tests ausgeweitet, Schnell- und Selbsttests zur Verfügung gestellt und die Impfungen allmählich hochgefahren, wenn auch von einem noch beklagenswert niedrigen Niveau. Man sollte erwarten, dass die Bürger allmählich Hoffnung schöpfen. Aber das ist bisher nicht der Fall. Der Anteil der Bevölkerung, die darauf

hofft, dass sich die Lage in einigen Monaten entspannen wird, ist heute geringer als im vergangenen Jahr und auch niedriger als zu Beginn dieses Jahres. Nur 36 Prozent der Bürger erwarten, dass in einigen Monaten wieder ein weitgehend normaler Alltag möglich sein wird, 61 Prozent rechnen mit einem längeren Zeitraum. Auch die Ausweitung der Tests stimuliert die Hoffnungen auf eine allmähliche Normalisierung bisher kaum.

Schaubild 5

Tabelle A 7

In Krisenzeiten zählt intelligenter Pragmatismus und Kompetenz im Operativen. Ideologische Auseinandersetzungen interessieren die Bürger zurzeit wenig. Mit Blick auf die Politik bewegt sie vor allem die Frage, wem zuzutrauen ist, das Land überlegt und kompetent durch schwierige Zeiten zu führen. Die Unionsparteien hatten hier das Vertrauen der Bürger und haben es durch eine Kombination aus kleinteiligem und von vielen Widersprüchen gekennzeichnetem Regulierungsanspruch mit gravierenden Mängeln im Operativen verloren. Dies wird auch die Wahl beeinflussen. Die Zeit, Vertrauen zurückzugewinnen, ist denkbar knapp. Die neuen Beschlüsse werden kaum dazu beitragen, das Vertrauen zu restaurieren.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1006
Befragungszeitraum:	8.3. bis 21.03.2021
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

FRAGE: "Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der nächsten Bundestagswahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"

Wahlberechtigte
insgesamt

%

Auszug aus den Vorgaben

CDU/CSU29

Die Grünen27

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032, März 2021

Männer und Jüngere sind besonders unzufrieden mit dem Krisenmanagement

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise? Würden Sie sagen, die Bundesregierung leistet hier ..."

	Bevölkerung			Altersgruppen			
	insg.	Männer	Frauen	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
	%	%	%	%	%	%	%
Sehr gute/ gute Arbeit	30	25	34	25	29	29	33
Weniger gute/ gar keine gute Arbeit	62	69	56	62	66	63	58
Unentschieden	8	6	10	13	5	8	9
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032, März 2021

Neue Corona-Beschlüsse treffen vielerorts
auf Unverständnis

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Bundesregierung hat ja vor Kurzem neue Corona-Beschlüsse getroffen. Wie ist Ihr Eindruck von den neuen Regelungen: Sind diese Regelungen so, wie sie getroffen wurden, alles in allem ein guter Schritt, oder machen Sie die Situation eher schwieriger?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Guter Schritt	17
Machen Situation schwieriger.....	60
Unentschieden.....	23
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032, März 2021

Die kleine Gruppe der Impfverweigerer hat vor allem Angst vor Nebenwirkungen

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGEN: "Werden Sie sich voraussichtlich gegen das Coronavirus impfen lassen, oder werden Sie sich nicht impfen lassen?"

Falls "Werde mich nicht impfen lassen":

"Darf ich fragen, warum Sie sich nicht impfen lassen wollen?"

	Bevölkerung insgesamt %
Werde mich impfen lassen.....	64
Werde mich nicht impfen lassen	16
Mir ist das Risiko von Nebenwirkungen zu groß.....	12
Ich habe Angst vor dauerhaften Impfschäden	9
Ich bezweifle, dass die Impfung ausreichend Schutz bietet.....	7
Ich halte generell nicht viel vom Impfen.....	5
Ich halte Corona für nicht so gefährlich	4
Ich bin nicht gefährdet, gehöre nicht zur Risikogruppe	3
Ich halte es für unwahrscheinlich, dass ich mich mit Corona anstecke	2
Ich bin schon immun, hatte schon Corona.....	x
Nichts davon, keine Angabe	x
Bin schon geimpft	8
Unentschieden	12
	<hr/> 100

x=unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032, März 2021

Über Impfstoff entscheiden?

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Personen, die sich voraussichtlich
gegen das Coronavirus impfen
lassen werden

FRAGE an Personen, die angeben, sich voraussichtlich gegen das Coronavirus
impfen zu lassen:

"Wäre es Ihnen wichtig, selbst entscheiden zu können, mit welchem
Impfstoff Sie gegen Corona geimpft werden, oder wäre Ihnen das
weitgehend egal?"

Personen, die sich voraussichtlich gegen
das Coronavirus impfen lassen werden

	%
Wäre mir wichtig	57
Wäre mir egal.....	37
Unentschieden	6
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032, März 2021

Effizient arbeitet die Wirtschaft - nicht der Staat

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie schätzen Sie das ein: Wie effizient arbeiten die Wirtschaft, die Unternehmen in Deutschland im Allgemeinen? Sagen Sie es mir doch bitte nach dieser Leiter hier. Null bedeutet 'überhaupt nicht effizient' und 10 'sehr effizient'." (Bildblattvorlage)

Bevölkerung insgesamt		%
Sehr effizient		
10.....	3	}
9.....	14	
8.....	33	
7.....	22	
6.....	8	
5.....	8	}
4.....	2	
3.....	1	
2.....	X	
1.....	X	
0.....	X	
Überhaupt nicht effizient		

FRAGE: "Wie schätzen Sie das ein: Wie effizient arbeitet Ihrem Eindruck nach der Staat, die Ämter und Behörden? Null bedeutet 'überhaupt nicht effizient' und 10 'sehr effizient'." (Bildblattvorlage)

Bevölkerung insgesamt		%
Sehr effizient		
10.....	X	}
9.....	2	
8.....	6	
7.....	14	
6.....	20	
5.....	18	}
4.....	13	
3.....	12	
2.....	7	
1.....	3	
0.....	1	
Überhaupt nicht effizient		

X=unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12029

Helfen mehr Tests?

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neben den Impfungen sollen in Deutschland zukünftig auch deutlich mehr Tests auf Corona durchgeführt werden. Sind Sie optimistisch, dass wir mit Hilfe der Tests die Corona-Krise in Deutschland in den Griff bekommen, oder sind Sie da eher pessimistisch?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Bin optimistisch	37
Bin pessimistisch.....	35
Unentschieden, weiß nicht	28
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12032, März 2021

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

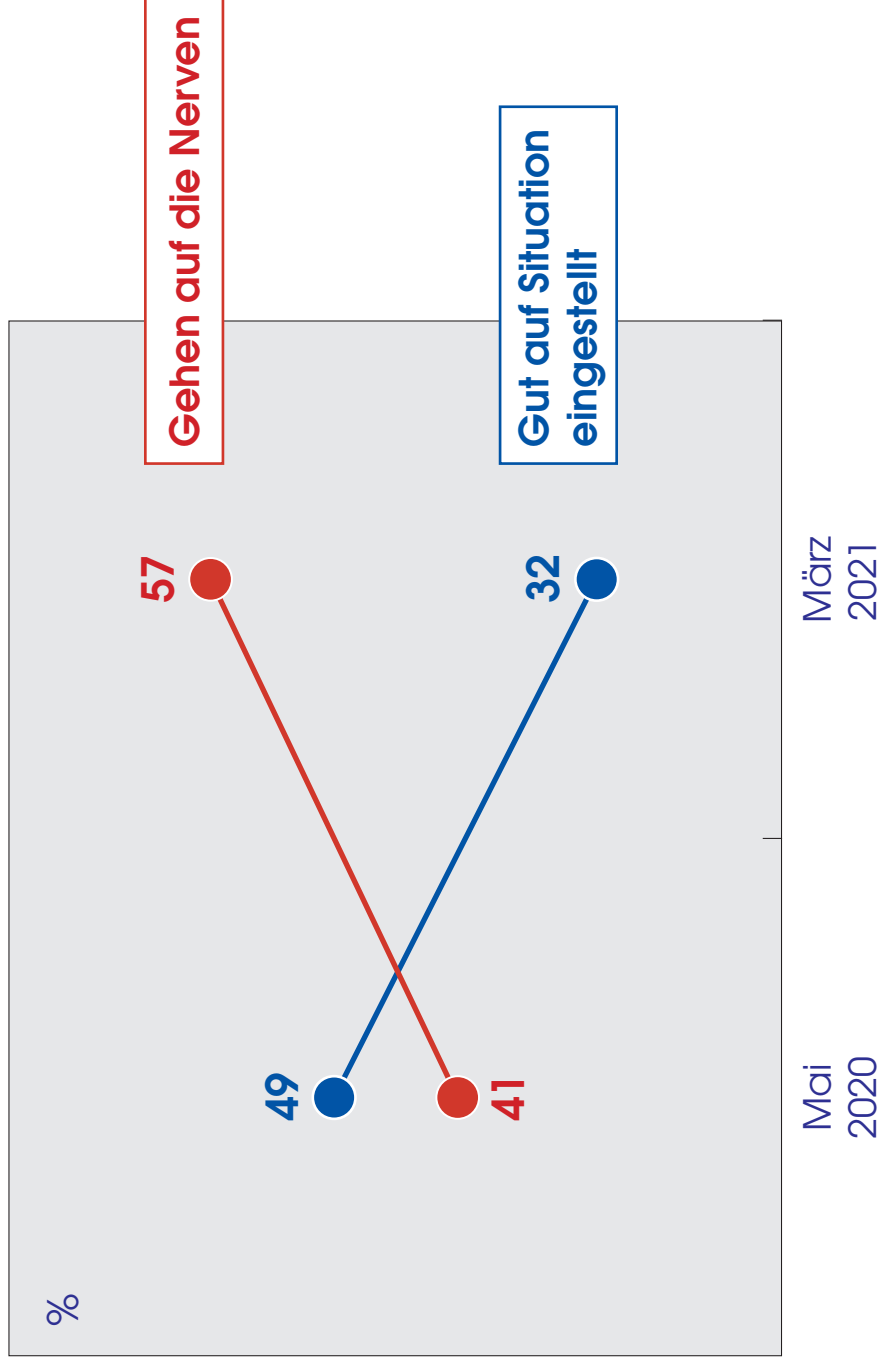
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: 9. - 22. Januar	28,5	8,0	14,0	23,5	8,0	13,0	5,0
1. - 12. Februar	27,5	8,0	14,5	23,0	9,5	13,0	4,5
5. - 18. März	29,0	7,0	16,5	23,0	8,0	11,5	5,0
1. - 15. April	38,0	6,0	16,0	19,0	7,0	9,0	5,0
6. - 14. Mai	38,0	5,5	15,5	19,0	7,0	9,0	6,0
1. - 13. Juni	40,0	4,5	16,0	18,5	7,0	9,5	4,5
3. - 16. Juli	38,0	5,5	15,5	20,0	7,5	9,0	4,5
5. - 18. August	38,0	5,5	17,0	19,0	7,0	9,0	4,5
4. - 16. September	37,0	6,0	17,0	19,5	7,0	9,0	4,5
7. - 20. Oktober	35,5	6,0	17,0	20,0	7,0	10,0	4,5
1. - 11. November	37,0	6,5	17,0	18,0	7,5	9,5	4,5
28.Nov. - 10.Dez	37,0	7,0	16,5	19,0	7,0	9,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.006 Personen

Schaubilder

Genervte Bürger

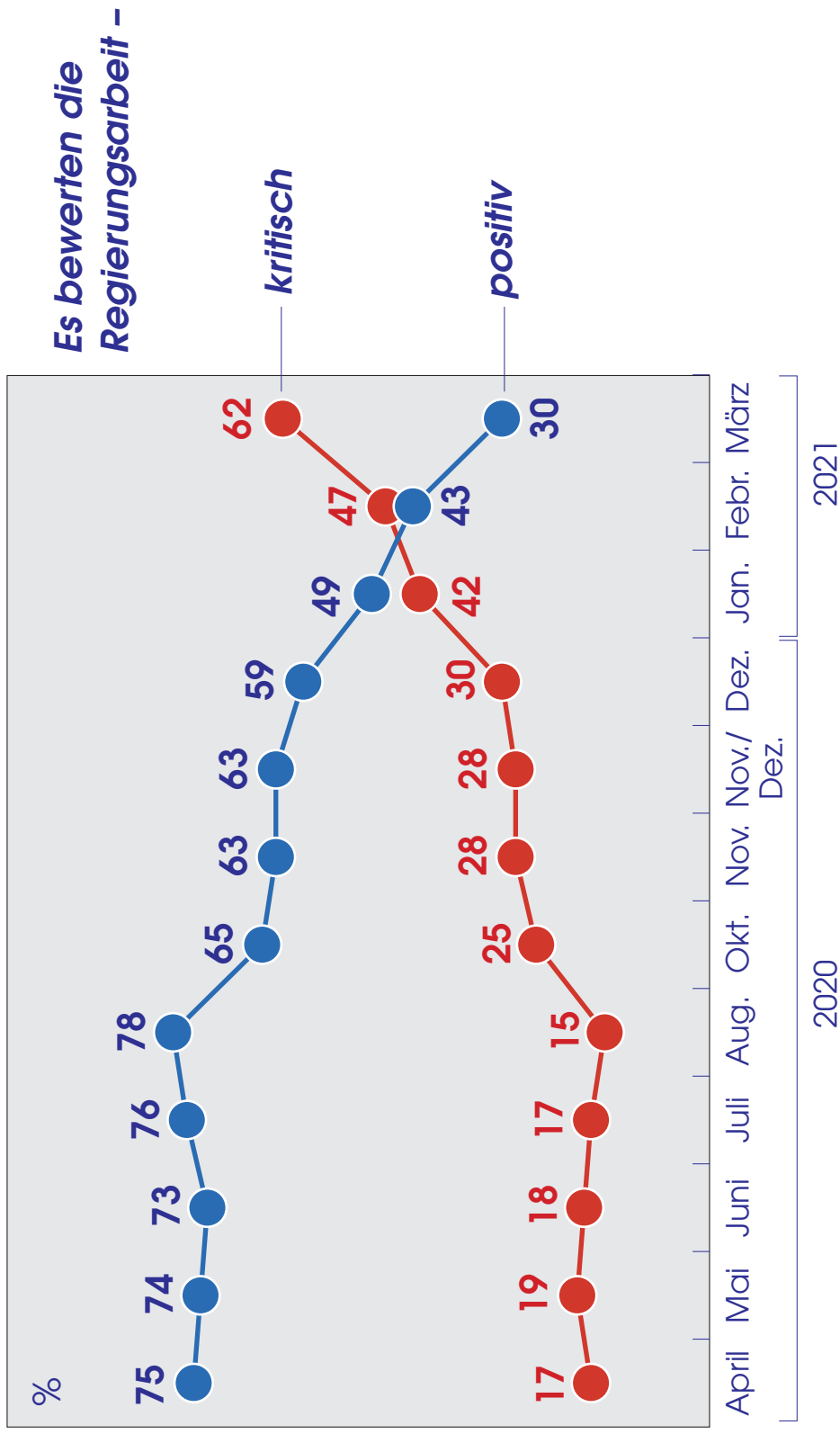
Frage: "Wenn Sie einmal an die Einschränkungen und Verbote der letzten Zeit denken: Gehen Ihnen diese Einschränkungen und Verbote immer mehr auf die Nerven, oder haben Sie sich inzwischen gut auf die Situation eingestellt?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 8239, 12031

Die Kritik am Krisenmanagement der Regierung wächst

Frage: "Wie bewerten Sie die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12032

Umfassende Kritik

Frage an Personen, die die Arbeit der Bundesregierung kritisch sehen:

"Und was stört Sie an der Corona-Politik der Bundesregierung, wo sehen Sie da vor allem Probleme?"

Die Maßnahmen erscheinen willkürlich und widersprechen sich häufig **75 %**

Es ist völlig unvorhersehbar, wie es mit den Corona-Einschränkungen weitergeht, man kann nicht planen **70**

Ständig gibt es neue, zum Teil absurde Vorschriften **69**

Die Impfungen gehen zu langsam voran **69**

Es wirkt nicht so, als hätte die Politik einen Plan, wie sie die Pandemie in den Griff bekommt **69**

Die versprochenen Corona-Hilfen für Unternehmen reichen nicht bzw. werden zu langsam ausgezahlt **68**

Die Politik ist nicht verlässlich, sie ändert ständig ihre Strategie **66**

Es ist nervig, dass sich ständig Politiker mit neuen Stellungnahmen oder Forderungen zu Wort melden **63**

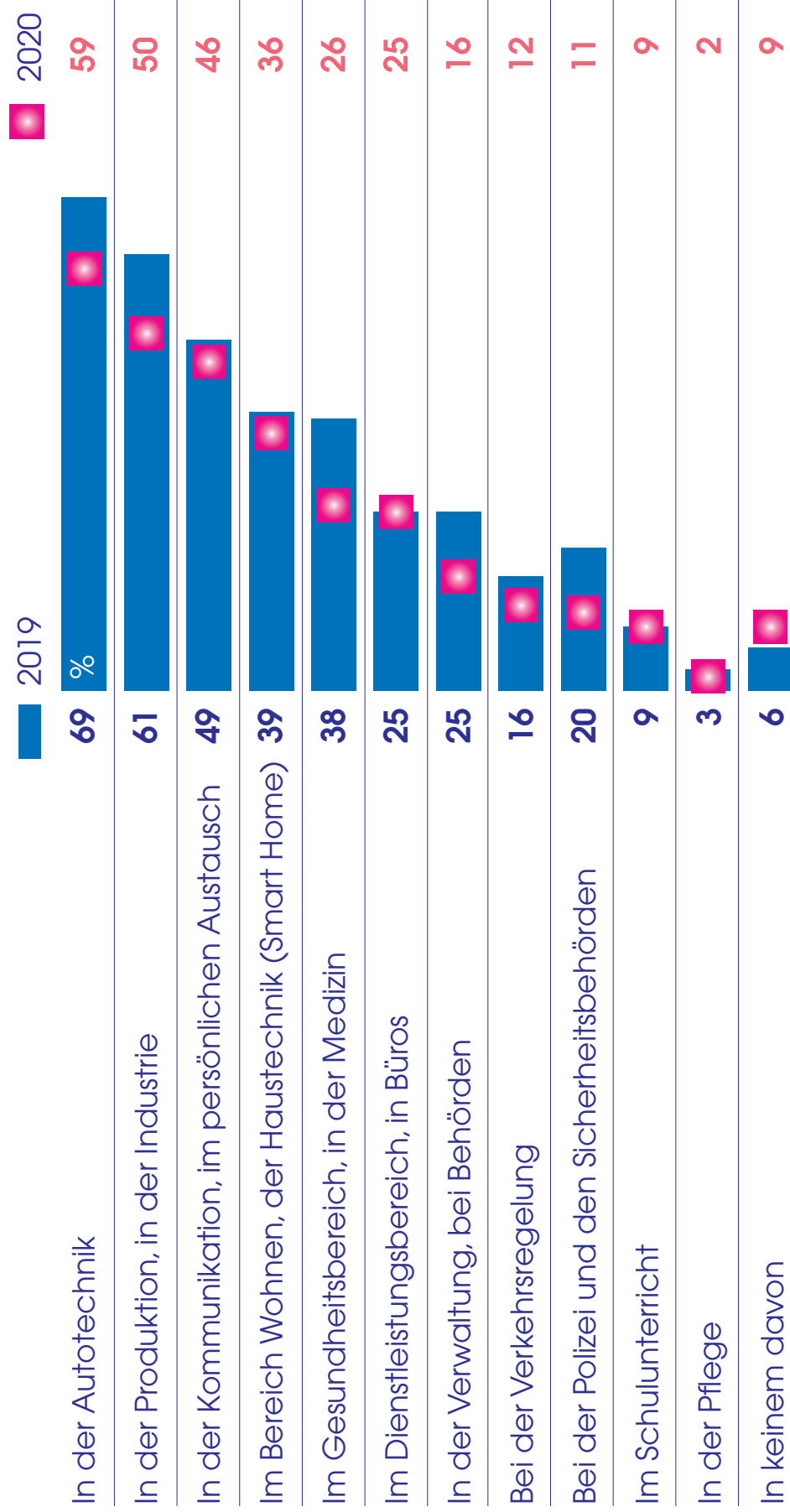
Die politischen Maßnahmen richten enorme Schäden an **62**

Es wird zu wenig getestet **51**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12031

Digitalisierungsschub? Die Bürger können hier insbesondere im staatlichen Bereich wenig erkennen

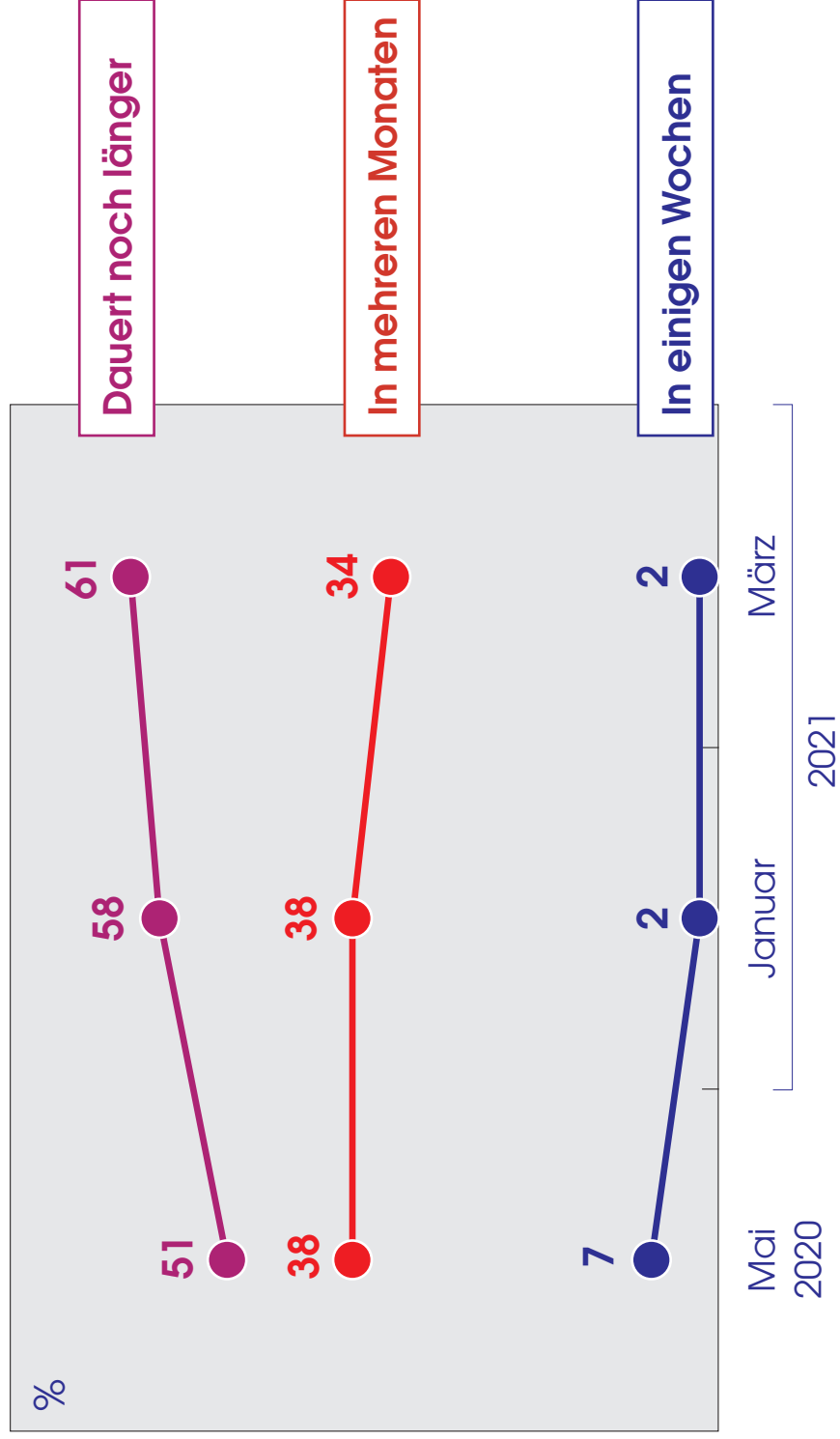
Frage: "Wie ist Ihr Eindruck, in welchen Bereichen gehen die Digitalisierung und Vernetzung besonders schnell voran?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12011, 12028

Wenig Hoffnung

Frage: "Was glauben Sie, wann sich die Lage entspannt und wir in Deutschland zu einem weitgehend normalen Alltag zurückkehren: In einigen Wochen, in mehreren Monaten, oder dauert das noch länger?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12032

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 70
vom 24. März 2021, S. 8, unter dem Titel:

"Verheerende Vertrauenskrise. Die Bürger haben
den Eindruck von Staatsversagen bei der
Bewältigung der Pandemie."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Verheerende Vertrauenskrise

Genau ein Jahr ist es her, dass die Bürger die Regierung und insbesondere die führende Regierungspartei plötzlich mit anderen Augen sahen. Vor dem Ausbruch der Pandemie war das Missvergnügen der Bevölkerung über die Regierungsleistung mit Händen zu greifen. Die Unionsparteien lagen unter dreißig Prozent, die Koalition hatte keine Mehrheit. Dann, in nur zwei, drei Wochen, stiegen CDU/CSU in der Wählergunst geradezu kometenhaft nach oben, von 29 Prozent in der ersten Märzhälfte auf 38 Prozent Anfang April. In der zu diesem Zeitpunkt noch völlig unübersichtlichen Ausnahme-situation wurden die Unionsparteien für die Bevölkerung, die in weiten Teilen völlig unter Schock stand, zum Hoffnungsanker. Das schnelle und radikale Eingreifen traf bei der überwältigenden Mehrheit auf Zustimmung, und dieser breite Rückhalt blieb über das ganze Jahr 2020 hinweg weitgehend erhalten. Die Bürger waren erleichtert, dass die Unionsparteien an der Regierung waren. Über Parteigrenzen hinweg war die Überzeugung weit verbreitet, dass CDU und CSU im politischen Raum die geeignetsten Krisenmanager seien; dieser Glaube, dass die CDU „Krise kann“, war das Fundament, auf dem die Zweitstimmwahlabsichten für die Unionsparteien im vergangenen Jahr teilweise bis auf 40 Prozent anstiegen. Entsprechend zuversichtlich gingen die Unionsparteien ins Wahljahr.

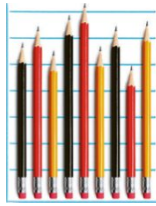
Und jetzt, ein Jahr nach ihrem kometenhaften Aufstieg, fällt die CDU/CSU genauso rapide ins Bodenlose. Anfang Februar lag sie noch bei 37 Prozent, Anfang März bei gut 34 Prozent, jetzt, nur drei Wochen später, gerade noch bei gut 28 Prozent. Noch stärker ist ihr Potential verfallen. Im Februar kamen die Unionsparteien noch für 42 Prozent der Wahlberechtigten grundsätzlich bei der nächsten Bundestagswahl in Frage, Ende Februar für 39 Prozent; jetzt ziehen nur noch 29 Prozent der Wahlberechtigten für die Bundestagswahl die Unionsparteien in Betracht, das heißt: Ihr Potential reicht zurzeit kaum über den Kreis der verbliebenen Wähler hinaus. Erstmals ist damit das weite Potential von CDU und CSU kleiner als das der Grünen, das völlig stabil um die dreißig Prozent oszilliert. Damit haben die Grünen zurzeit noch Luft nach oben – ihr Potential ist signifikant größer als der Kreis, der entschlossen ist, die Grünen bei der nächsten Wahl zu unterstützen, anders als bei den Unionsparteien.

Wer für diesen tiefen Fall der Union vor allem die Bereicherungskandale einzelner Abgeordneter verantwortlich macht, verkennt die Dimension des Problems. Diese Vorkommnisse kommen obendrauf und bringen CDU und CSU auch moralisch in die Defensive. Aber der Vertrauensverfall setzte schon vor Bekanntwerden der Vorwürfe ein; so war die Niederlage der CDU in Baden-Württemberg schon drei Wochen vor der Landtagswahl absehbar, auch in dieser Größenordnung.

Auch der Erklärungsansatz, die Bürger seien nach einem Jahr die Einschränkungen leid und nur noch genervt, trifft zwar die Stimmungslage, ist aber für sich genommen keine ausreichende Deutung der plötzlichen Abkehr von den Unionsparteien. Zweifelsohne ist die Stimmungslage heute eine andere als während des ersten Lockdowns, als die Mehrheit noch die Bilanz zog, sie habe sich mit den Einschränkungen gut arrangiert. Dies sagen heute nur noch 32 Prozent, die meisten hadern mit den Regeln und Verboten.

Der Hauptgrund für den politischen Sinneswandel ist jedoch ein anderer. Das Vertrauen „Die CDU kann Krise“ ist erschüttert. Dieses Vertrauen hatte ihren Rückhalt in der Bevölkerung vor einem Jahr steil steigen lassen, und der Verlust dieses Vertrauens führt jetzt zu ihrem Absturz. Die Unionsparteien haben mit Abstand die größte Regierungserfahrung; wenn sie in einer solchen Krisensituation nach dem Eindruck der Bürger versagen, ist die Reaktion hart und unnachsichtig.

Lange war das Vertrauen in den Kurs der Regierung ungewöhnlich groß. Über viele Monate hatte sie den Rückhalt von über siebzig Prozent der Bevölkerung, im Dezember immerhin noch von annähernd



Die Bürger haben den Eindruck von Staatsversagen bei der Bewältigung der Pandemie.

Von Professor Dr. Renate Köcher
Institut für
Demoskopie Allensbach

sechzig Prozent. Seit Januar verfällt die Zustimmung und wächst die Kritik; im Februar gab es erstmals mehr kritische Stimmen als Zustimmung. Jetzt fällt die Bilanz verheerend aus: Nur noch dreißig Prozent der Bürger bewerten das Krisenmanagement der Regierung positiv, 62 Prozent negativ. Männer urteilen noch kritischer als Frauen, die mittlere und junge Generation kritischer als die Sechszigjährigen und Älteren, die aber ebenfalls eine weit überwiegend negative Bilanz ziehen.

Zweifellos trägt auch das wieder zunehmende Infektionsgeschehen zu der Ernüchterung bei. Der Erfolg der politischen Maßnahmen lässt auf sich warten und enttäuscht die Hoffnungen auf eine rasche Normalisierung. Aber diesmal wird der ausbleibende Erfolg der Regierung angelastet, anders als noch zu Beginn der zweiten Infektionswelle. Die Beschlüsse, die Kanzleramt und Ministerpräsidenten Anfang März trafen, wurden mit Unverständnis quittiert. Gerade einmal 17 Prozent bewerteten sie als guten Schritt, während 60 Prozent den Eindruck hatten, dass sie die Lage nur schwieriger machten. Viele gaben zu diesem Zeitpunkt den Versuch auf, den Überblick über die staatlichen Maßnahmen und Pläne zu behalten. Die Kritik ist umfassend und zeigt eine völlige

Ernüchterung. Die politischen Maßnahmen werden als willkürlich, widersprüchlich und teilweise absurd empfunden. Die Logik der Beschlüsse erschließt sich den meisten nicht; dass beispielsweise dem Schulgeschäft eine Öffnung nur mit Terminvereinbarung und Feststellung der Personalien der Kunden gestattet wird, während man spontan und ohne Identifizierung die Drogerie nebenan besuchen kann, verstehen die Bürger genauso wenig wie die enge Bindung von Öffnungen an schwankende Inzidenzen. Es fehlt auch das Verständnis dafür, dass die Frage, wo Infektionsrisiken entstehen, bei den Beschlüssen offensichtlich kaum eine Rolle spielt. Es wird der Verlust an Planungssicherheit beklagt, ausgelöst durch immer neue Vorschriften und Regeln. Die große Mehrheit der Kritiker traut der Politik nicht mehr zu, dass sie einen Plan für die Bewältigung der Krise hat.

Zu den Zweifeln an der Sinnhaftigkeit und Rationalität der Beschlüsse kommt Fassungslosigkeit über die Schwächen in der operativen Umsetzung wichtiger Maßnahmen. Die Politik hat der Bevölkerung Hoffnung gemacht, dass Tests und vor allem die Impfungen den Befreiungsschlag bringen. Dass diese Befreiung sich verzögert, weil sich die Impfkampagne unnötig in die Länge zieht, dafür fehlt in weiten

Teilen der Bevölkerung jegliches Verständnis. Die Bürger stehen parat und warten auf einen Impftermin. Nur eine kleine Minderheit lehnt eine Impfung ab, primär aus Sorge vor Nebenwirkungen. Die staatlichen Entscheidungen gegen den Impfstoff von Astra-Zeneca – zunächst die Altersbegrenzung, dann das vorübergehende Aussetzen dieses Impfstoffs – haben jedoch ihre Wirkung und führen dazu, dass die Mehrheit der Impfwilligen über den Impfstoff gerne mitentscheiden will, was in der Knappheitssituation auch wenig hilfreich ist. Dazu kommen Erfahrungen mit der Vereinbarung von Impfterminen, die bei den Bürgern den Eindruck verstärken, dass der Staat dieser Ausnahme-situation nicht gewachsen ist.

Die Überzeugung, dass Deutschland sich im internationalen Vergleich gut schlägt, wird mit jedem Tag geringer. Die Bürger vermissen ein generalstabsmäßiges, effizientes Krisenmanagement, das eigentlich zum Selbstbild des Landes und zur Außenwahrnehmung gehört. Bei der letzten Krise, die die Bürger zutiefst beunruhigte, der Flüchtlingskrise von 2015, wurde zwar die Ratio der Regierungsbeschlüsse bezweifelt; die operative Bewältigung des Problems in den Landkreisen und Kommunen beeindruckte jedoch und befestigte das Selbstbild einer Nation, die auch in Ausnahmezuständen Herausforderungen effizient bewältigt. Aber damals wurden die operativen Entscheidungen von denen getroffen, die das Problem auch bewältigen mussten. Diesmal wirken Entscheidungs- und Umsetzungsebene merkwürdig disparat; dies trägt wesentlich zu dem Vertrauensverlust bei.

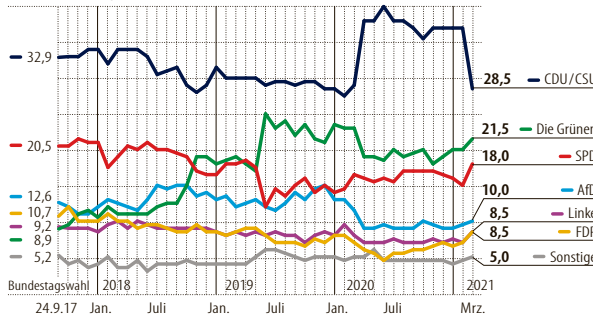
Der Staat wird immer weniger als funktionsfähig wahrgenommen. Während 72 Prozent den Unternehmen in Deutschland eine hohe Effizienz attestieren, fällen nur 22 Prozent ein ähnliches Urteil in Bezug auf den Staat. Die Mehrheit hat den Eindruck, dass die Ämter und Behörden in der Krise weniger funktionsfähig waren als zuvor. Geradezu vernichtend fällt das Urteil über die digitale Ausstattung der staatlich verantworteten Bereiche aus, seien es Gesundheitsämter, Schulen, Behörden oder Sicherheitsorgane. Die Bürger können hier auch noch keinen „Digitalisierungsschub“ durch die Krise erkennen. Ernüchternd ist, dass die Mehrheit der Eltern schulpflichtiger Kinder während der zweiten Pandemiewelle die Bilanz zog, dass die digitale Ausstattung der Schulen ihrer Kinder nach wie vor unzureichend sei und sich seit Ausbruch der Krise nicht nennenswert verbessert habe.

All das unterminiert das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und dämpft die Hoffnungen, dass die Krise in absehbarer Zeit bewältigt wird. Tests und Impfungen sollten die Befreiung bringen. Nun werden die Tests ausgeweitet, Schnell- und Selbsttests zur Verfügung gestellt und die Impfungen allmählich hochgefahren, wenn auch von einem noch beklagenswert niedrigen Niveau. Man sollte erwarten, dass die Bürger allmählich Hoffnung schöpfen. Aber das ist bisher nicht der Fall. Der Anteil der Bevölkerung, der darauf hofft, dass sich die Lage in einigen Monaten entspannen wird, ist heute geringer als im vergangenen Jahr und auch niedriger als zu Beginn dieses Jahres. Nur 36 Prozent der Bürger erwarten, dass in einigen Monaten wieder ein weitgehend normaler Alltag möglich sein werde, 61 Prozent rechnen mit einem längeren Zeitraum. Auch die Ausweitung der Tests stimuliert die Hoffnungen auf eine allmähliche Normalisierung bisher kaum.

In Krisenzeiten zählen intelligenter Pragmatismus und Kompetenz im Operativen. Ideologische Auseinandersetzungen interessieren die Bürger zurzeit wenig. Mit Blick auf die Politik bewegt sie vor allem die Frage, wem zuzutrauen ist, das Land überlegt und kompetent durch schwierige Zeiten zu führen. Die Unionsparteien hatten hier das Vertrauen der Bürger und haben es durch eine Kombination aus kleinteiligem und von vielen Widersprüchen gekennzeichnetem Regulierungsanspruch mit gravierenden Mängeln im Operativen verloren. Dies wird auch die Wahl beeinflussen. Die Zeit, Vertrauen zurückzugewinnen, ist denkbar knapp. Die neuen Beschlüsse werden kaum dazu beitragen, das Vertrauen zu restaurieren.

Die Stärke der Parteien

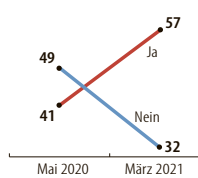
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimm-Ergebnisse in Prozent)



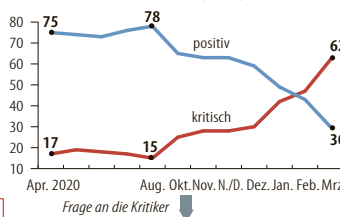
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 8. bis 21. März, 1006 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Niebel

Genervte Bürger und das Corona-Krisenmanagement

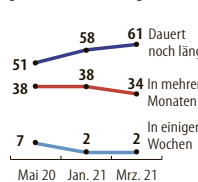
Gehen Ihnen die Einschränkungen und Verbote auf die Nerven?



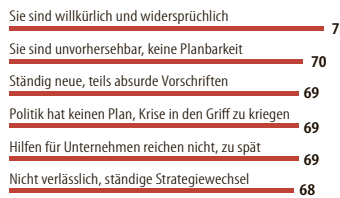
Wie bewerten Sie die Arbeit der Regierung in der Pandemie?



Wann kehren wir zu einem weitgehend normalen Alltag zurück?



Wo sehen Sie vor allem die Probleme der Maßnahmen?



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach F.A.Z.-Grafik Niebel